



05.06.2021 – Nr. 13

## Neues CO2-Gesetz: Faktisches Verbot für Öl- und Gasheizungen ab 2023

Fahren, fliegen, heizen, wohnen – mit dem neuen CO2-Gesetz wird alles teurer. Eine vierköpfige Familie muss mit jährlichen Mehrkosten von 1`000 Franken und mehr rechnen. Dem Klima bringt's nichts. **Die Schweiz trägt gerade mal 0,1 % zum weltweiten CO2-Ausstoss bei**, während die grössten CO2-Produzenten wie China oder USA weit davon entfernt sind, ihren Ausstoss spürbar zu verringern. **Zudem ist die Schweiz schon vorbildlich unterwegs.**

Der **Pro-Kopf-Ausstoss von CO2** wurde in den vergangenen zehn Jahren bereits **um 24 % reduziert**. Geht das so weiter, haben wir 2030 eine Reduktion von knapp 50 % – und dies ohne ein Milliarden Franken teures Gesetz und ohne neue Vorschriften. Zudem haben wir die **gesetzlichen «Verbrauchs-Richtwerte» für Energiekonsum plus Stromverbrauch von 2000 bis 2019 bereits erreicht**, wie die Grafik zeigt.



*Entwicklung des Konsums von Endenergie (blau) und Strom (orange) pro Kopf der Bevölkerung in der Schweiz von 2000 bis 2019 sowie gesetzlich Ziele 2020 für Energie (grau) und Strom (gelb).  
Jahr 2000 = 100 Indexpunkte.  
Quelle: BFE, Grafik: Guggenbühl*

Eine Hysterie zur CO2-Reduktion ist also gar nicht nötig. **Im Vergleich: Was die Schweiz pro Jahr an CO2 ausstösst, verbraucht China in einem halben Tag.** Dafür jährlich Milliarden von Mehrkosten zu zahlen, steht in keinem Verhältnis. Ausserdem haben **900 Wissenschaftler und Fachleute einen weltweiten Appell an UNO und Politiker gerichtet, dass wir keinen Klimanotfall haben.** In unseren Medien war das allerdings nirgends zu vernehmen.

<https://clintel.org/world-climate-declaration/>. Aber was ändert sich nun mit dem neuen Gesetz?

### Verteuerung von Benzin und Diesel

Benzin und Diesel kosten bis **2024 10 Rappen mehr pro Liter**, ab **2025 12 Rappen**. Das trifft alle, die für den täglichen Arbeitsweg auf ihr Auto angewiesen sind. Besonders gravierend ist es für die **Landwirtschaft**: Bauern verbrauchen pro Jahr 150 Millionen Liter Diesel – vom Aggregat auf der

Alp bis zum Traktor auf dem Land. Das ergibt **pro Betrieb jährliche Mehrkosten von 500 Franken**. Kommen kaum absehbare Mehrkosten für den Transport von Waren und Gütern dazu.

### **Neue übertriebene Flugticketabgabe**

Auch Flüge werden verteuert - **Kurzstrecken kosten 30 Franken, Langstrecken 120 Franken mehr pro Person**. Für eine vierköpfige Familie können so schnell über 1000 Franken Mehrkosten pro Jahr entstehen. **Kloten wäre auf einen Schlag der teuerste Flughafen der Welt** mit der Folge, dass Leute auf grenznahe Flughäfen ausweichen würden wie z. B. Frankreich, das nur eine Abgabe von 1,5 bis 18 Euro hat.

### **CO2-Abgabe auf Heizöl und Gas wird mehr als verdoppelt**

Mit **96 Franken pro Tonne CO2** haben wir jetzt schon eine der höchsten **CO2-Abgaben der Welt**. **Der Maximalsatz steigt neu auf 210 Franken pro Tonne CO2**, verglichen mit 120 Franken pro Tonne CO2 unter dem heutigen CO2-Gesetz. **Dies hätte direkte Auswirkungen auf die Heizkosten**. Die CO2-Abgabe auf **Heizöl und Gas könnte sich mehr als verdoppeln**: Der Liter Heizöl würde 30 Rappen mehr kosten, das Kilogramm Gas ebenfalls. Dies belastet Hauseigentümer und Mieter gleichermaßen. Für eine Wohnung mit 100 m<sup>2</sup> würde die Miete um etwa 140 Franken steigen.

### **Faktisches Verbot für Öl- und Gasheizungen durch die Hintertür**

Im neuen CO2-Gesetz werden fossile Heizungen zwar nicht explizit verboten. Der **CO2-Grenzwert liegt aber ab 2023 so tief, dass modernste Öl- und Gasheizungen diesen Wert nicht erfüllen können**, obwohl diese sehr sparsam sind. Dies hat weitgehende Konsequenzen. Werden in der Schweiz doch noch fast **70 % der Gebäude fossil beheizt**. Bei einem Heizungs- oder nur schon bei einem Brennerersatz wären weitere Sanierungen fällig wie z. B. die Dämmung der Gebäudehülle, neue Fenstereinbauten oder sogar der Wechsel des Energieträgers (z. B. Einbau einer Wärmepumpe). HEV Schweiz hat an vier Beispielen ausgerechnet, dass mit Kosten zwischen 144'000 und 369'000 Franken zu rechnen ist. <https://tinyurl.com/4jp6j3zk>

### **Fetter Geldtopf lockt Subventionsjäger**

Mit dem CO2-Gesetz wird auch ein **Klimafonds** geschaffen. Gefüttert wird dieser riesige «Subventionstopf» mit der  **Hälfte der Flugticketabgabe**. Rechnet man mit 58,6 Millionen Abflügen in der Schweiz (Jahr 2019), bleiben satte 1,75 Milliarden in diesem Topf hängen. Ob damit wirklich **effizienter Klimaschutz erreicht wird, muss leider aufgrund aller Erfahrungen mit «Fördergeldern» ernsthaft bezweifelt werden**. Vielmehr erweisen sich deren Ergebnisse im Nachhinein als wenig effektiv. Zu Recht hatte der Bundesrat einen solchen Fördertopf nicht vorgesehen.

Einen Vorgeschmack, wie die Gelder aus diesem Staatsfonds verwendet werden könnten, gab **FDP-Präsidentin Petra Gössi** in einem Radio-Interview: „Man könnte einen Lack von OC Oerlikon auf Flugzeuge auftragen. Dies würde 25 Millionen Tonnen CO2 einsparen.“ Die Frage sei erlaubt, ob man für diese Aktion das Geld der Bevölkerung braucht? Eins ist sicher: An Abnehmern der Gelder wird es nicht mangeln: Mindestens **40 Politiker profitieren direkt von den Subventionen** für Wind- und Sonnenenergie, öffentlichem Verkehr, Gebäudetechnik usw. Dazu gehören:

- ▶ **SP-Fraktionschef Roger Nordmann**. Er hat sechs Mandate im Bereich erneuerbare Energien, präsidiert den Verband Swiss Solar, der 2019 fast eine Million Steuergelder erhalten hat.
- ▶ **Jürg Grossen**, Präsident der Grünliberalen. Mit seiner Firma Buchs & Grossen AG will er gemäss Eigenwerbung die Energiewende in Ihr Gebäude bringen.

► SP-Nationalrat und EU-Beitritts-Turbo **Eric Nussbaumer** hat gleich drei Verwaltungsratspräsidien im Bereich Energiewirtschaft und arbeitet hauptberuflich für eine Genossenschaft für Solarenergie, Biomasse usw. Wer noch alles von diesem Monstertopf profitiert, zeigt das Video von **SVP-Politiker Thomas Matter**. <https://www.youtube.com/watch?v=BLAxWmPFoUk>

### Wie viel wird zurückbezahlt?

Einerseits fliesst die  **Hälfte der Flugticketsteuer** zurück ans Volk, andererseits zwei Drittel der **CO2-Abgabe**. So erhalten zurzeit alle in der Schweiz wohnhaften Personen, egal ob jung oder alt, jeden Monat über ihre Krankenkasse ca. 7 Franken. **Mit einem Drittel der CO2-Einnahmen** (aktuell ca. 450 Millionen Franken) fördern Bund und Kantone energetische Sanierungen von Gebäuden. 25 Millionen kommen dem Technologiefonds zur Erforschung klimaschonender Innovationen zu.

Man sollte sich allerdings fragen, ob man der Bevölkerung zuerst das Geld wegnehmen sollte, um es dann wieder zurückzuverteilen. Mindestens 5 bis 10 % fallen an Administrativkosten an. Volkswirtschaftliche Kosten, die niemandem etwas bringen. **Simonetta Sommaruga** kündigte bereits die Schaffung von **20 neuen Vollzeitstellen** an, um den **Klimafonds zu verwalten**. Wäre es nicht effektiver, auf unternehmerisch getriebene Innovation, Forschung und Selbstverantwortung zu setzen? Sind es doch genau diese Eigenschaften, welche die Schweiz erfolgreich gemacht haben.

Das neue CO2-Gesetz trifft vor allem die **mittleren und unteren Einkommen**: Von den einschneidenden Massnahmen sind das **Kleingewerbe und die produzierende Wirtschaft** stärker betroffen als Banken und Versicherungen, die Landbevölkerung stärker als die städtische, da diese über einen gut ausgebauten ÖV verfügt, und sozial schwache stärker als Menschen mit höherem Einkommen. **Das ist ungerecht und unsozial.**

Das neue CO2-Gesetz ist kein «Kompromiss», sondern ein radikales Gesetz, das nur auf Abgaben und Vorschriften setzt, Innovation abwürgt und Bevölkerung und Gewerbe Milliarden kostet. Wer glaubt, dass wir nachher Ruhe haben werden von Öko-Forderungen der Politiker täuscht sich: Das ist erst der Anfang.

### Weitere Massnahmen werden folgen

Wenn das CO2-Gesetz durchkommt, wird Links-Grün in einem nächsten Schritt noch deutlich schärfere Massnahmen fordern. Verbote von Verbrennungsmotoren und Kurzstreckenflüge werden folgen. Auch unser Fleischkonsum könnte bald vorgeschrieben werden. Hohe Steuern auf angeblich «klimaschädliche Produkte» sind so gut wie sicher. Die GLP will Strassenzölle einführen (Neudeutsch: Mobility Pricing). Es werden die Leute bestraft, die zu Spitzenzeiten unterwegs sind und zur Arbeit fahren müssen. Kommentar der Basler GLP-Verkehrsdirektorin Esther Keller: „Es kostet ja nur ein paar Franken.“

<https://tinyurl.com/bzzpdz4r>

Wehret den Anfängen und sagen Sie NEIN zum CO2-Gesetz. Die Schweiz ist zwar ein reiches Land, aber auch eines der teuersten. Unseren Wohlstand verdanken wir nicht zuletzt unseren tiefen Steuern. Setzen wir ein Zeichen gegen immer höhere Abgaben und Vorschriften.